Nr. 147 XXVIII. Jahrgang — Sonnabend, 12. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15528, 15536, 15537, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.25, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.60, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Krisenstimmung in ganz Europa

Die Regierungskrise im Reiche ist auch heute noch der Lösung nicht nähergerückt. Die Parteien der alten Koalition üben eine begreifliche Zurückhaltung und sind im allgemeinen geneigt, den rechtsstehenden Parteien, die als materielle, wenn auch vielleicht nicht als moralische Sieger aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind, die Verantwortung für die Gestaltung der künftigen deutschen Politik zuzuschieben. Da diese ihrerseits aber ablehnen dürften, ohne die Sozialdemokraten die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, deutet vorläufig alles darauf hin, daß wir auf dem toten Punkt angekommen sind.

Die Krisenstimmung beschränkt sich aber augenblicklich nicht auf Deutschland allein. Der Rücktritt des italienischen Ministerpräsidenten Nitti, die drohenden Regierungskrisen in Schweden und Ungarn und der in Oesterreich nach den neuesten Meldungen bereits zur Tatsache gewordene Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung, sowie die Demission des polnischen Kabinetts berechtigen zu der Behauptung, daß die allgemeine Notlage der europäischen Wirtschaft das eigentliche Motiv bei all diesen schwankenden, für den europäischen Wiederaufbau höchst verderblichen Verhältnissen ist. Wie in Italien hat auch in Polen die Frage der Brotversorgung den Anstoß, den äußeren Anlaß zu der Kabinettskrise gegeben. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt, beginnen auch in Polen die extremen Parteien auf Kosten der gemäßigten Richtung immer mehr an Boden zu gewinnen. Und auch dem sozialdemokratischen Kabinett Branting in Schweden wird das Leben sauer gemacht, denn nach einer Meldung der „Nia Dagligt Allehanda" geht Branting, der in der Steuerfrage auf Schwierigkeiten stößt, mit der Absicht um, die Ernennung eines Geschäftsministeriums vorzuschlagen, wie sie auch neuerdings bei uns in Deutschland erwogen wird, um aus den parlamentarischen Schwierigkeiten endlich herauszukommen. Die Lage in Oesterreich wird auch immer verworrener, da die Christlich-Sozialen der sozialdemokratischen Regierung anläßlich der Einführung einer Wahlordnung für die Soldatenräte den Kampf angesagt haben.

Wenn nach alledem noch berücksichtigt wird, daß Frankreich in der Orientfrage immer mehr in eine Konfliktsstellung mit England hineingetrieben wird, kommt man selbst bei nüchterner Betrachtung der allgemeinen Lage in Europa zu dem Ergebnis, daß die unzweifelhaft vorhandene Spannung eine Neuorientierung ermöglicht, die Ueberraschungen bringen kann. Letzten Endes ist die Krisenstimmung doch wohl mit eine Folge des diplomatischen Flickwerkes der Friedensschlüsse. Bei der allgemeinen Verkettung der wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten zueinander müssen die dem egoistischen Interesse einzelner Staaten dienenden, den besiegten Ländern brutal aufgezwungenen Bestimmungen notwendig auch auf die Lebensbedingungen der Diktatoren zurückwirken. Die Konferenz, die in Spa stattfinden sollte, ist weiter hinausgeschoben worden, ja, es wird sogar von einem Verzicht auf Spa gesprochen. Wenn diese Meldung nun auch mit einiger Vorsicht zu genießen ist, so ist diese Auslassung des Havas-Bureaus doch immerhin für die allgemeine Stimmung bezeichnend.

Das Fieber, das zur Zeit Europa durchschüttelt, liegt ohne Frage in der Notlage seiner Wirtschaft begründet. Frankreich bedarf unbedingt bald der Mittel, um seine zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen. Deshalb tritt es dafür ein, auch ohne das Ergebnis von der Spaer Konferenz abzuwarten, die internationale Finanzkonferenz in Brüssel einzuberufen, um Mittel und Wege zu beraten, die der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa dienen sollen. Die Franzosen muten einem an, wie der Mann, der das Pferd am Schwanze aufzäumt. Welchen Zweck kann es haben, Beratungen über eine internationale Anleihe zu pflegen, wenn nicht zuvor eingehend und unter Berücksichtigung der schuldnerischen Leistungsfähigkeit Deutschlands die Höhe der Schadenvergütung und ihre Tilgungsart eindeutig festgelegt werden. Wie bedenklich die Krisenstimmung in der ganzen Welt ist, hat Lloyd George in einer Versammlung von Anhängern der Walliser Kirche angedeutet. Seiner Auffassung nach gilt es heute, eine Atmosphäre zu schaffen, in der Reformen (!) möglich sind, um das allgemeine Uebel zu stabilisieren, das die ganze Welt erschüttert. Deutlicher kann nicht ausgedrückt werden, daß die deutsche Krise nur ein Glied in der Kette der Weltnot ist, die zu überwinden die Kraft eines Volkes übersteigt und deren Linderung nur möglich ist, wenn sich alle Völker versöhnt die Hände reichen, um sich brüderlich zu helfen, ehe die wirtschaftlichen Gefahren für alle zur Katastrophe werden.

*

Wirtschaftsverhandlungen mit England

* **Haag**, 11. Juni. Zu den angeblich „geheimen" deutschen Wirtschaftsverhandlungen in England, die für Deutschland von Geheimrat Merz geführt wurden, meldet der „Daily Telegraph", daß die deutschen Delegierten darauf hinwiesen, daß 500 000 Tonnen mindestens für die deutsche Schiffahrt notwendig wären. Als Mindestimport von Eisenerz, hauptsächlich aus Schweden, sind sechs Millionen Tonnen angegeben worden. Nach der Mitteilung des „Daily Telegraph" ist es auch Tatsache, daß Deutschland von den Alliierten Kohlen haben muß. Deutschland braucht ferner im nächsten Jahre 17 500 000 Pfund Sterling lediglich für Lebensmittel, die wahrscheinlich auf die innere Anleihe übernommen werden müßten, weil vermutlich keine Möglichkeit für fremde Anleihen besteht. Die Mitteilungen der deutschen Regierung werden den Alliierten vorgelegt werden. Vorerst habe England 10 000 Tonnen Mehl versprochen.

Brüssel statt Spa

ITA. **Paris**, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das „Journal des Debats" gab gestern abend Kenntnis von einem Gerücht, das in hiesigen diplomatischen Kreisen verbreitet wird. Es soll nämlich die Absicht bestehen, die internationale Finanzkonferenz in Brüssel vor der Konferenz in Spa abzuhalten. Es wäre alsdann vielleicht möglich, daß die Konferenz von Spa überhaupt ganz überflüssig würde, und zwar in dem Falle, daß die Verbündeten sich in Brüssel über die Frage der Festsetzung der deutschen Schuld einig würden. — All diese Pläne finden ihre Erklärung nur in der Tatsache, daß die Besprechungen zwischen den französischen und englischen Finanzsachverständigen in London bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt haben und daß infolgedessen gewisse französische Kreise der Ansicht sind, es sei unzweckmäßig, nach Spa zu gehen. Nach Brüssel aber wollen die Franzosen schon deshalb, weil sie von der Finanzkonferenz eine gute Einwirkung auf ihrem Wechselkurs und auch vielleicht auf eine internationale Anleihe für den Wiederaufbau erwarten.

*

Wahlbeurteilung in England

⊕ **Basel**, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet: Solange keine deutsche Regierung, die verhandlungsfähig ist, gebildet ist, kann auch nicht die Konferenz in Spa stattfinden. Nach in London vorliegenden Informationen wird der jetzt festgesetzte Termin für die Konferenz nicht innegehalten werden können. — Die Londoner „Times" melden zu den Wahlen in Deutschland: Die bisherige Koalition will und wird nicht weichen. Eine Ausdehnung der Koalition auf die eine oder andere Partei ist möglich, aber nicht wahrscheinlich. Die nächsten vier Jahre wird die deutsche Politik in dem bisherigen Fahrwasser der sozialdemokratischen Experimente weiter schwimmen.

*

Die Schuld der Alliierten

„Daily News" schreibt zum Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands war der Mühlstein am Halse der bisherigen Regierung. Für diese Lage tragen tatsächlich die Alliierten eine größere Verantwortung als die deutsche Regierung, aber diese mußte die Folgen tragen. Das Blatt führt weiter aus, selbst wenn sich in Deutschland hervorragende Männer fänden, würde dies doch wenig helfen, wenn die Alliierten ihre in den 18 Monaten verfolgte Politik fortsetzen. In diesem Falle sei die Auflösung Deutschlands unvermeidlich. Eine Nation, die nichts zu verlieren habe, könne es sich leisten, dem Impuls der Verzweiflung nachzugeben. Ein Aufschub der Konferenz in Spa könne es wohl dem neuen deutschen Ministerium, falls ein solches zustande kommt, ermöglichen, die Lage zu klären, verlängere aber auch die Zeit lähmender Ungewißheit, die an der Hoffnungslosigkeit und Apathie der Deutschen Schuld sei. Wenn die Alliierten, sagt das Blatt, in Spa unmögliche Forderungen stellen, wie man sie täglich aus Frankreich hört, wird jede deutsche Regierung, die nichts als dies Wahlergebnis hinter sich hat, binnen einem Tage verschwinden. — „Westminster Gazette" schreibt: Die Beziehungen zwischen den Alliierten und Deutschland werden bald schwieriger sein als je. Das Bedürfnis nach echter, weitblickender Staatskunst wird noch größer sein denn zuvor.

*

Die Zuspitzung der Krise in Deutschland

Zu den gestern abend von dem Organ der Unabhängigen, der „Freiheit" aufgestellten Bedingungen, unter denen ihre Partei zu einem Eintritt in die Regierung bereit wäre, bemerkt der „Vorwärts", daß diese Bedingungen von der Sozialdemokratischen Partei ohne weiteres angenommen werden könnten, da sie durchaus ihrem eigenen Programm entsprächen. Die „Freiheit" hatte ihre nach dem Kapp-Putsch aufgestellten acht Bedingungen wiederholt: Entwaffnung und Auflösung aller gegenrevolutionären Formationen, Mannschaftsersatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, politisch zuverlässige Führer, Aufhebung des Ausnahmezustandes, Bestrafung aller am Kapp-Putsch Beteiligten, Durchführung der Sozialisierung und Ueberführung des Großgrundbesitzes und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Diese Forderungen decken sich mit den allbekannten Zielen der Unabhängigen.

Stellt sich nun die unabhängige Fraktion auf den Standpunkt der „Freiheit", was der „Vorwärts" naturgemäß sehr wünscht, dann erwartet das mehrheitssozialistische Blatt folgende Entwicklung der Dinge: Die Unabhängigen werden ihre Bedingungen stellen und die sozialistische Fraktion wird sie annehmen. Beide sozialistischen Parteien werden dann diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Lehnen diese ab, so ist es an ihnen, die Regierung ohne die Sozialisten zu bilden. Die neue Regierung wird dann auch wissen, daß die Stellung der sozialdemokratischen Opposition zu ihr davon abhängen wird, wieweit sie sich dem Programm der Opposition nähert oder von ihm entfernt.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht von einer Zuspitzung der kritischen Situation. Durch die Weigerung der Mehrheitssozialdemokraten, mit der Deutschen Volkspartei zusammen eine Koalition einzugehen, bleiben die Möglichkeiten der Gruppierung auf drei Lösungen beschränkt: bürgerliche Regierung, sozialistische Regierung oder Wiedererstehen der alten Koalition. Nur ein nachgiebiges Abweichen der Sozialdemokratie von ihrem bisherigen Standpunkt könnte die vierte Möglichkeit eröffnen, nämlich zu der bisherigen Mehrheit die Deutsche Volkspartei hinzuzuziehen.

*

Wie Scheidemann über die Lage denkt

✕ **Berlin**, 10. Juni. Der frühere Reichskanzler und jetzige Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, sollte in der Stadtverordnetenversammlung eine Erörterung über die mutmaßliche Bildung der neuen Regierung mit der Bemerkung abgeschnitten haben, daß Deutschland spätestens in zwei Monaten eine neue Revolution haben würde. Demgegenüber stellt Scheidemann in der „B. Z. am Mittag" fest, daß er von einer Revolution nicht gesprochen, sondern lediglich in einer streng vertraulichen Sitzung dem Optimismus eines Deutschnationalen gegenüber bemerkt habe, die Lage sei trostlos, und man könne in kurzer Zeit wieder einen Bürgerkrieg haben.

Besprechung mit den Parteiführern

B. **Berlin**, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat für nächsten Dienstag die Führer der großen Parteien zu Besprechungen gebeten. Den Besprechungen wird der jetzige Kanzler Müller beiwohnen.

*

Sofortige Neuwahlen in Preußen unmöglich

Aus parlamentarischen Berliner Kreisen wird uns geschrieben:

Inwiefern die Tätigkeit der Preußischen Landesversammlung durch den Ausfall der Reichstagswahl beeinflußt wird, steht noch keineswegs fest. Bisher haben zwischen den Parteien noch nicht einmal unverbindliche Aussprachen über diese Fragen stattgefunden. Aber selbst wenn im Reich eine Regierung unter Ausschluß der Sozialdemokratie gebildet werden sollte, wäre eine Auflösung der Landesversammlungen Preußens nicht erforderlich. So erwünscht es auch wäre, so ist es doch nicht unbedingt notwendig, daß die Regierungen im Reich und den andern Ländern gleichmäßig zusammengesetzt sind. In Bayern z. B. war in den letzten Monaten eine Regierung am Ruder, die der Zusammensetzung der Regierung im Reich nicht entsprochen hat, ohne daß es deshalb zu Konflikten gekommen wäre. Während umgekehrt zwischen Preußen und dem Reich trotz der Gleichmäßigkeit der Regierungen Reibungen an der Tagesordnung sind. Der Grund dafür ist nicht in den Personen, sondern in den Verhältnissen zu erblicken, und er wird nicht eher fortfallen, als bis man eine wirkliche Reichseinheit geschaffen hat.

Ganz abgesehen von diesen allgemeinen Erwägungen spricht gegen die Neuwahlen in Preußen der Umstand, daß die verfassunggebende Landesversammlung die Arbeit, zu deren Erledigung sie in erster Linie zusammenberufen ist, noch nicht beendet, ja kaum in Angriff genommen hat. Der Entwurf einer Verfassung hat die erste Lesung im Plenum passiert. Der Ausschuß tritt aber erst Mitte des Monats zusammen und selbst bei angestrengtester Tätigkeit werden sich die Beratungen bis Ende Juli hinziehen. Dazu kommt, daß er auch die Vertretung Preußens im Reichsrat zu regeln hat, da nach der Reichsverfassung die eine Hälfte der preußischen Stimmen im Reichsrat von den preußischen Verwaltungen der Provinzialbehörden geführt werden muß. Die gesetzliche Regelung hat spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten der Verfassung, d. h. bis zum 13. August d. J. zu erfolgen.

Notwendig ist ferner der Erlaß des durch das Reichs-Einkommensteuergesetz vorgeschriebenen steuerlichen Lastenausgleiches sowie der Erlaß eines Wahlgesetzes. Zu diesen unbedingt notwendigen durch Reichsgesetze vorgeschriebenen Arbeiten kommen andre, die dringend erwünscht sind. Es müssen die Verfassungsgesetze für die Gemeinden, Kreise und Provinzen geschaffen werden. Anders ist die Durchführung der Demokratie in Preußen nicht denkbar. Diese Gesetze dulden keinen Aufschub und soweit die parlamentarischen Verhandlungen erkennen lassen, drängt vor allem die Sozialdemokratie auf ihre baldige Verabschiedung. Bedenkt man, daß auch der Etat für das laufende Jahr noch unerledigt ist, so wird man mit Neuwahlen in Preußen vor dem Spätherbst kaum rechnen können.

*

In Braunschweig wie im ganzen Reich

+ **Braunschweig**, 11. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Schwierigkeiten bei der Bildung der neuen braunschweigischen Regierung sind durch die Obstruktion der im Landeswahlverband vereinigten rechtsstimmenden Parteien verschärft worden. Wie die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" melden, brachte in der Donnerstagssitzung des Landtages der Abgeordnete Hampe (Landeswahlverband) einen Antrag ein, in dem es heißt: Die Landesversammlung wolle beschließen, die Wahl einer neuen Regierung von der Tagesordnung abzusetzen und die Wahlen erst nach Klärung der Fragen und nach Bildung einer neuen Reichsregierung vorzunehmen, die Landesversammlung aber bis zum Donnerstag zu vertagen. Abgeordneter Hampe erklärte, der Landeswahlverband werde nur für ein Koalitionsministerium zu haben sein, in dem die Fraktionen des Hauses vertreten sind. Ein Redner der unabhängigen Sozialdemokraten beantragte im Namen seiner Fraktion die Bildung eines sozialistischen Ministeriums, bestehend aus drei Unabhängigen und drei Sozialdemokraten. Die Demokraten lehnten die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ab. Der Antrag des Abgeordneten Hampe, die Wahlen der braunschweigischen Regierung erst nach Bildung der Reichsregierung vorzunehmen und den Landtag bis nächsten Donnerstag zu vertagen, wurde abgelehnt und die Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung fehlte der größte Teil der Fraktion des Landeswahlverbandes. Die Versammlung war infolgedessen nicht mehr beschlußfähig und die Wahlen mußten bis Freitag vertagt werden.

*

Ein Ultimatum an die badischen Unabhängigen

* **Köln**, 11. Juni. Die „Köln. Ztg." meldet aus Karlsruhe: Die sozialdemokratische Partei Badens hat nach eingehender Besprechung der politischen Lage beschlossen, daß der Eintritt der Unabhängigen in die Koalition als alleinige Lösung zu betrachten sei und daß sie ihre Mitglieder aus der Regierung zurückziehe, falls die Unabhängigen nicht bereit seien, in die Koalition einzutreten.

*

Der neue oldenburgische Landtag

Bei den Landtagswahlen zum Gesamtlandtage in Oldenburg haben, wie gemeldet wird, die Deutsche Volkspartei fünfzehn, das Zentrum elf, die Sozialdemokraten zehn, die Demokraten sieben, die Unabhängigen fünf, der Landbund und die Deutschnationalen je einen Sitz erhalten.

Rücktritt eines Staatssekretärs

Wie das Wolffbureau von zuständiger Stelle erfährt, hat der Staatssekretär im Reichswehrministerium Stock dem Reichspräsidenten seinen Rücktritt angeboten. Der Reichspräsident hat das Rücktrittsgesuch angenommen, aber den Staatssekretär gebeten, sein Amt fortzuführen, bis die neue Regierung gebildet wird.

Tardieus Interessen-Tauschhandel

Aus Paris schreibt unser F.-Mitarbeiter:

Als Leiter der clemencistischen Gruppe, die jede Abänderung des Versailler Vertrages, insofern sie als „Abschwächung" angesehen werden könnte, aufs schärfste zurückweist, führt der Abgeordnete André Tardieu in der Wochenschrift „Illustration" eine Kampagne. Tardieu gewährt in das Zustandekommen des Versailler Diktatfriedens einige bezeichnende Einblicke. Um Millerand zu demonstrieren, wie und mit welchen Mitteln diplomatischer Art man für Frankreich „Erfolge" erzielen könne, berichtet Tardieu, daß er und Clemenceau in den Junitagen des Vorjahres, wo es sich um die „Erzwingung der deutschen Unterzeichnung" handelte, den Engländern das Zugeständnis machten, daß sich Frankreich in die irländisch-britischen Angelegenheiten nicht einmengen werde, falls Lloyd George seinerseits der französischen Regierung freie Hand gegen Deutschland ließe. Bei Wilson erreichte man das gleiche Ziel durch die „Desinteressierung" in den japanisch-amerikanischen Angelegenheiten.

Tardieu bestätigt durch diese Mitteilung, daß der englische Professor Keynes mit seinem Hinweise auf die „heimlichen verwerflichen Geschäfte, die während der Pariser Friedenskonferenz auf Kosten Deutschlands geführt wurden", vollkommen im Rechte ist; er liefert den englischen Liberalen eine neue Waffe gegen den Friedensvertrag von Versailles. Das liegt natürlich nicht in der Absicht Tardieus, der seine Stellung als Mitschöpfer des Vertrages ins schönste Licht zu rücken sucht und dem Ministerpräsidenten Millerand eine Lektion erteilen will, damit er nicht in den „Wirbel der Revision" gerate. Der Ratschlag Tardieus lautet: Es muß immerfort ein Tauschhandel in Interessen getrieben werden. Irland, Türkei, Persien, Mesopotamien, Indien — das sind die Angelpunkte der britischen Weltpolitik. Gibt Frankreich im „Morgenlande" den Briten ein Zugeständnis, dann kann es dafür in „Europa der Bewegungsfreiheit sicher sein". Das ist Tardieus erprobtes Rezept. Dazu kommt die Anregung, sich vom Engländer nicht einschüchtern zu lassen, vielmehr kräftig in der Presse die französischen Interessen zu vertreten. Wie man weiß, führen die militaristischen Pariser Zeitungen eine ziemlich scharfe Sprache gegen England. Tardieus Ratschlag wird also befolgt.

Aus den Mitteilungen in der „Illustration" geht hervor, mit welcher Energie die Gruppe der Vertragsschöpfer im Parlamente und vor der Oeffentlichkeit ihre Position verteidigt. Es sammelt sich um diese Politiker ein ansehnlicher Kreis von Anhängern, und man erkennt auch in der Haltung einflußreicher Zeitungen und Revuen, daß diese Gruppe stark gestützt wird. Sie findet eine wesentliche Unterstützung durch die jüngsten Ereignisse in England, vornehmlich durch die Verhandlungen mit Krassin. Die Verstimmung der tonangebenden Parlamentskreise über die zwischen dem Vertreter der russischen Sowjets und den Mitgliedern des englischen Kabinetts geführten Besprechungen macht sich in heftigen Vorwürfen gegen Millerand Luft. Ein Mitglied der Kommission für auswärtige Angelegenheiten äußerte sich folgendermaßen: „Entweder verheimlichte uns Millerand die in San Remo getroffenen Abmachungen betreffs Rußlands oder, was noch schlimmer ist, er hat sich von Lloyd George übervorteilen lassen. In beiden Fällen erheischt die Angelegenheit eine sofortige Aussprache mit dem Ministerpräsidenten. Es ist unzulässig, daß England auf eigene Faust eine Politik in Rußland führt, die uns, als die Hauptgläubiger des früheren Zarenreiches, einfach beiseite schiebt. In London darf nicht über unsre Köpfe hinweg ein Einvernehmen mit den Bolschewisten hergestellt werden. Geschähe dies, so wäre das gleichbedeutend mit einer Trennung unsrer bisherigen Interessengemeinschaft, also ein Zerfall der entente cordiale …"

Das ist noch eine maßvolle Stimme. Die nationalistischen Politiker führen sich noch viel erregter auf. Sie erklären, daß England durch seine Verhandlungen mit Krassin „Polen den Todesstoß versetze und Deutschland eine Wohltat bereite". Frankreichs Streben, aus Polen ein Bollwerk gegen die russisch-deutsche Annäherung zu errichten, werde von England in brutalster Art und Weise zunichte gemacht. Wahrscheinlich sei auch England damit einverstanden, deutsche Kaufleute und Ingenieure in Rußland neuerdings festen Fuß fassen zu lassen. So würde es in einer kurzen Spanne Zeit zu einem völligen Zusammenbruche der osteuropäischen Politik Frankreichs kommen. Und England wäre dann für diese „Katastrophe verantwortlich". Die militaristischen Organe, voran „L'Eclair", stellen die Forderung auf: Entweder ein starkes, mächtiges Polen oder den Rhein! Wenn England der russischen Regierung in dem Augenblicke unter die Arme greife, wo „Polen seine Machtstellung im Osten erobern will", dann gebe es für Frankreich kein andres Ziel mehr als die Festhaltung der Rheingrenze. Deutschland müsse im Osten einen starken, Frankreich verbündeten Nachbar haben, damit es nicht die Kraft besäße, am Rheine eine „Eroberungspolitik" zu betreiben.

Aus diesen Argumenten ist zu erkennen, daß es den französischen Militaristen hauptsächlich auf die Größe Polens ankommt, viel weniger auf eine Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland. Da die französischen Militaristen mehr und mehr in ein antienglisches Fahrwasser geraten („Eclair" ist auf England sehr schlecht zu sprechen!), so unterschieben sie der Politik des britischen Kabinetts die Absicht, daß „sich England in Vorderasien mit den Bolschewisten versöhnen müsse, um nicht die Bolschewisten zusammen mit den Persern, Indern und Afghanen in den heiligen Krieg gegen den gemeinschaftlichen Feind ziehen zu sehen". Ja, man spricht die Hoffnung aus, daß es England bald billiger geben werde, wenn es „sein Weltreich bedroht sieht". . . .

Die Beteiligung des französischen Diplomaten Halgouet an den Londoner Konferenzen mit Krassin wird von den nationalistischen Pariser Blättern abfällig kritisiert. Auf ein negatives Ergebnis dieser Besprechungen rechnet man, insofern es Frankreich betrifft. Für die Konferenz in Spa verspricht der französisch-englische Gegensatz nichts Gutes. Die öffentliche Meinung Frankreichs wird durch die nationalistische Kampagne gegen England bedenklich erregt und mißtrauisch gemacht. Kompromißvorschläge englischer Herkunft werden also mit Argwohn beurteilt. Es liegt zweifellos in der Absicht des militaristischen Pariser Klüngels, am Vorabend der Konferenz in Spa das Mißtrauen gegen England anzuschärfen. Dadurch wird für Spa die „richtige Stimmung" gemacht.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200612/1